



**Fraktion im Rat der  
Stadt Saarbrücken**

Rathaus-Carrée, Zimmer 203  
66104 Saarbrücken

Telefon (06 81) 9 05-13 03  
-13 18

Telefax (06 81) 9 05-15 92

<b>Datum:</b> <b>AntragstellerIn:</b> <b>SachbearbeiterIn:</b> <b>Telefon:</b> <b>Telefax:</b> <b>E-Mail:</b>	<b>02.12.2013</b> <b>Herr Peter Strobel</b> <b>Herr Uwe Conradt</b> <b>Herr Batz, Christian</b> <b>(0681) 905-1318</b> <b>(0681) 905-1592</b> <b>christian.batz@saarbruecken.de</b>	<b>CDU/1447/13</b>	
<b>Beratungsfolge und Sitzungstermine</b>			
<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Status</b>	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	05.12.2013	nicht öffentlich	
Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	10.12.2013	öffentlich	
<b>Betreff:</b> <b>Haushalt 2014 - Änderungsliste CDU-Fraktion</b>			
<b>Beschlussvorschlag:</b>			
Der Stadtrat beschließt die in der Vorlage aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen.			
Maßnahme Nr. 1: Zentrale Dienste: Zusammenlegung Druckausschreibungen			
In Kenntnis der Empfehlungen von Rödl & Partner bzgl. der Erstellung eines Druckkonzeptes, der Steigerung der Auslastung der zentralen Druckerei und der Prozessoptimierung durch Zusammenlegung von Poststelle und zentraler Druckerei fordert der Stadtrat die Verwaltung auf, Druckaufträge für den Konzern Stadt als zentralen Dienst gemeinsam zu beauftragen. Einbezogen werden sollen in städtische Druckausschreibungen auch die Leistungen der verbundenen Unternehmen. Die Hausdruckerei soll sich an dem öffentlichen Ausschreibungsverfahren beteiligen.			
Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, Beschaffungen für den Druckbereich gemeinsam mit den Unternehmenstöchtern auszuschreiben.			
Der Sachstandsbericht erfolgt im Haupt- und Wirtschaftsausschuss.			
<b>Strukturelle Haushaltsverbesserung</b>			
2014	2015	2016	2017

100.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
-----------	-----------	-----------	-----------

**Maßnahme Nr. 2: Zentrale Dienste: Beschaffung von Büromaterial und Dienst-KFZ, Flottenmanagement**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Zentralisierung von Beschaffung und Vergabe von Büromaterial und Fahrzeugen im Bereich des Konzerns Stadt. Der Stadtrat beauftragt zudem die Verwaltung, ein gemeinsames Flottenmanagement für Dienstwagen einzuführen. Der Sachstandsbericht erfolgt im Haupt- und Wirtschaftsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
120.000 €	240.000 €	240.000 €	240.000 €

**Maßnahme Nr. 3: Rechenzentren Regionalverband und LHS**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Zusammenlegung der Rechenzentren von LHS und Regionalverband. Der Sachstandsbericht erfolgt im Haupt- und Wirtschaftsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
0 €	200.000 €	400.000 €	400.000 €

**Maßnahme Nr. 4: Telekommunikation**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Senkung der Kosten für (mobile) Telekommunikation. Die Dienstleistung soll für den Gesamtkonzern Stadt neu ausgeschrieben werden.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Haupt- und Wirtschaftsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €

**Maßnahme Nr. 5: Reduzierung der Dezernate**

Laut Gutachten von Rödl & Partner können Dezernate eingespart werden. Der Stadtrat hat es aber im Dezember 2009 und im Dezember 2012 unterlassen, eine Reduzierung der Dezernate vorzunehmen. Mit geänderten Mehrheiten im Jahr 2014 soll überprüft werden, ob zukünftig bei Ausscheiden der Amtsinhaber die Stelle nicht mehr besetzt und – nach einer Neuordnung der Geschäftsbereiche – das Dezernat aufgelöst werden kann. Dabei soll auch die Möglichkeit einer mittelfristigen Reduzierung auf nur noch vier Dezernate überprüft werden. Bei Einsparung eines Dezernates können zudem die Stellen für die Dezernatssekretärin und den Dezernatscontroller entfallen.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Personal- und Rechtsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
100.000 €	200.000 €	200.000 €	200.000 €

**Maßnahme Nr. 6: Anpassung städtischer Personalbestand**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Anpassung des städtischen Personalbestandes und des Abbaus von Überstunden.

Weiterhin wird auf die Vorlage CDU/0314/10 und den Änderungslisten der CDU zu den Haushalten 2011, 2012 und 2013 verwiesen. Einsparung u.a. durch Wegfall der Stelle Fahrradbeauftragter. Grundsätzlich gilt:

1. Im Jahr 2014 und in den Folgejahren wird nur jede dritte freiwerdende Stelle neu besetzt.
2. Befristete Einstellungen dürfen nur noch vorgenommen werden, wenn hierfür freie und besetzbare Planstellen vorhanden sind.
3. Bis zum Vorliegen der Ergebnisse der Aufgabenkritik werden höherwertige Tätigkeiten, andere Tätigkeiten und Leitungsfunktionen nur vorübergehend übertragen. Gleiches gilt im Beamtenbereich.

Darüber hinaus soll ebenfalls eine Anpassung des Personaleinsatzes im Amt für Zentrale Dienste und Ratsangelegenheiten und im Amt für Statistik und Wahlen, basierend auf den Empfehlungen von Rödl & Partner, erfolgen, vgl. Maßnahme 11 in CDU/0345/10. Ebenso soll ein Konzept zur Personalanpassung in den Bürgerämtern und der Telefonzentrale entwickelt und umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang sollen die Kosten für die Leistung D115 überprüft werden.

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Konzeptes, basierend auf den Empfehlungen von Rödl & Partner, zur Anpassung des Personaleinsatzes im städtischen Ordnungsamt mit dem Ziel, Personalkapazitäten freizusetzen und auf die Verkehrsüberwachung zu verlagern. Näheres zu den Maßnahmen in CDU/0345/10 (Beschreibung zu 16, 27, 31, 49). Ebenso soll eine Prozessoptimierung im Bereich der zentralen Buchhaltung erfolgen. Ziel ist dort die Rückführung des Personalstandes auf das Niveau vor Einführung der Doppik. Außerdem soll die Erhöhung der Amtsleiterstellen zurückgeführt werden.

Gleichlautende Beschlüsse sind für die Eigenbetriebe der LHS zu fassen.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Personal- und Rechtsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
1.550.000 €	2.400.000 €	3.100.000 €	3.550.000 €

**Maßnahme Nr. 7: Aufgabenkritik und Prüfung kommunaler Standards**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit einer umfassenden Aufgabenkritik aller bestehenden freiwilligen Aufgaben und der Prüfung der Standards im Bereich der Pflichtaufgaben. Eine modellhafte Absenkung von Standards kann über das Gesetz zur Flexibilisierung kommunaler Standards exemplarisch erfolgen.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Personal- und Rechtsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
200.000 €	634.000 €	993.000 €	1.200.000 €

**Maßnahme Nr. 8: Betriebliches Eingliederungsmanagement**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zum betrieblichen Eingliederungsmanagement, basierend auf den Empfehlungen von Rödl & Partner, um die überdurchschnittlich hohe Krankenstandsquote innerhalb der städtischen Verwaltung zu reduzieren. Ein betriebliches Eingliederungsmanagement ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe gemäß § 84 Abs. 2 SGB IX.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Personal- und Rechtsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
0 €	0 €	500.000 €	1.000.000 €

#### Maßnahme Nr. 9: Repräsentationskosten

Der Stadtrat beschließt eine pauschale Kürzung der Repräsentationskosten um 10 %.  
Der Sachstandsbericht erfolgt im Haupt- und Wirtschaftsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
21.360 €	20.040 €	20.040 €	20.040 €

#### Maßnahme Nr. 10: Sachverständige und Berichterstatter

Gem. § 49 Abs. 1 KSVG können Sachverständige zu den Sitzungen der Ausschüsse hinzugezogen werden. Zur Wahrung der Interessen und zur Vorbereitung von Beschlüssen der Bezirksräte wollen wir die bislang geübte Praxis der Berichterstatter auch weiter in den für die Bezirksratsangelegenheiten wesentlichen Ausschüssen des Stadtrats ermöglichen.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Haupt- und Wirtschaftsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
-22.000 €	-22.000 €	-22.000 €	-22.000 €

#### Maßnahme Nr. 11: Filmhaus, Kino 8 ½

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Reorganisation des Filmhauses. Anzustreben ist dabei auch eine Öffnung gegenüber anderen Einrichtungen, z.B. eine Kooperation mit dem Kino 8 ½. Die Hälfte des Volumens der Einsparungen im Bereich des Filmhauses bis zu einer maximalen Höhe von 25 T€ können für Förderungen des Kino 8 ½ verwandt werden.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Kulturausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
20.000 €	50.000 €	50.000 €	100.000 €
-10.000 €	-25.000 €	-25.000 €	-25.000 €

#### Maßnahme Nr. 12: Einsatz von LED-Technik

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zur Energieeinsparung durch eine Erneuerung der Innen-, Hallen-, und Straßenbeleuchtung, insbesondere durch den Einsatz moderner LED-Technik. An den allgemeinen Zielen, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent, bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent, bis zum Jahr 2040 um 70 Prozent und bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken, beteiligt sich die LHS mit einem eigenen Beitrag. Durch die LHS entstehen auch im Bereich der Beleuchtung Treibhausgasemissionen. Deshalb liegen hier große Potenziale, diese abzusenken und hierdurch einen wichtigen Beitrag zu leisten, die

Klimaschutzziele bis zum Jahr 2050 zu erreichen. Bereits seit 2008 werden Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bei ihren Anstrengungen im Klimaschutz finanziell unterstützt, die LHS soll hiervon nun auch Gebrauch machen. Insbesondere soll sich die LHS an der BMU-Förderung 2014 zur Sanierung von Beleuchtungsanlagen mit LED-Technik für Innen- und Hallenbeleuchtung beteiligen und dadurch 30 % der Investitionskosten gefördert bekommen. Auch der Einstieg in die Straßenbeleuchtung mittels LED-Technologie soll geschafft werden, auch hierfür sind Fördermöglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Im Übrigen auch für die Investitionen, weshalb in 2014 und 2015 nur mit einer geringen Einsparung gerechnet werden kann. Exemplarisch soll durch den Einsatz von LED-Technik Fahrradwege und Gehwege entlang der Saar (vgl. CDU/0100/13) mit LED-Beleuchtung ausgerüstet werden.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Ausschuss für Bau, Verkehr und Freiraum.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
-150.000 €	15.000 €	100.000 €	300.000 €
30.000 €			

#### Maßnahme Nr. 13: ZGS

Der Stadtrat beschließt für den Eigenbetrieb ZGS einen strukturellen Konsolidierungsbeitrag, der im Rahmen des Zuschussbedarfs erbracht wird. Es wird dabei auf den entsprechenden Stadtratsbeschluss verwiesen, der eine Rückführung des Zuschussbedarfs auf maximal 2,2 Millionen Euro vorsieht.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Werksausschuss ZGS.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
32.190 €	32.190 €	32.190 €	32.190 €

#### Maßnahme Nr. 14: Portokosten

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zur Reduzierung der städtischen Portokosten durch weitestgehenden Verzicht auf den Versand von Einladungen.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Haupt- und Wirtschaftsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
5.000 €	8.000 €	14.500 €	14.500 €

#### Maßnahme Nr. 15: Öffentlichkeitsarbeit

Der Stadtrat beschließt, die städtischen Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit zu kürzen. Eine deutliche Reduzierung streben wir bei den Kosten für das Corporate Design Manual sowie bei Anzeigen, Einträgen ins Telefonbuch und dem Druck von Plakaten an.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Haupt- und Wirtschaftsausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
200.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €

Maßnahme Nr. 16: Abgabe Vermessungsamt an den Regionalverband bei gleichzeitiger Aufgabe der Wirtschafts- und Tourismusförderung durch den Regionalverband.

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zur Abgabe des Vermessungsamtes an den Regionalverband bei gleichzeitiger Aufgabe der Aufgabe Wirtschafts- und Tourismusförderung vom Regionalverband an die Kommunen.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Ausschuss für Bau, Verkehr und Freiraum.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
0 €	1.500.000 €	1.500.000	1.500.000 €

Maßnahme Nr. 17: Gleichbehandlung von Eltern bei der Finanzierung von Mittagessen an Grundschulen

Die CDU spricht sich für die Einhaltung des Bedürftigkeitsprinzips bei der öffentlichen Förderung der Finanzierung des Mittagessens an Grundschulen aus.

Bislang werden an 5 von 28 städtischen Grundschulen durch den Steuerzahler auch die Kosten für das Mittagessen für Kinder von Eltern übernommen, die nicht bedürftig sind. Alle Kinder von bedürftigen Familien haben einen Rechtsanspruch auf Zuschüsse aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Es wird auf die Vorlage CDU/0310/10 sowie auf VWT/0489/12 verwiesen. Der Sachstandsbericht erfolgt im Ausschuss für Schule, Kinder und Jugend.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €

Maßnahme Nr. 18: Schulsanierungsprogramm

Viele städtische Grundschulen sind mittlerweile in einem sehr traurigen baulichen Zustand. Im Wissen darum, dass auch der Raum, in dem junge Menschen einen Großteil ihres Tages verbringen, Auswirkungen auf den Lernerfolg hat, halten wir es für dringend erforderlich, eine zumindest akzeptable Lernatmosphäre zu schaffen.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Ausschuss für Schule, Kinder und Jugend sowie im Werksausschuss GMS.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
-350.000 €	-350.000 €	-350.000 €	-350.000 €

Maßnahme Nr. 19: Stadtbibliothek

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die vom Gutachter Rödl & Partner vorgeschlagenen Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz zu vollziehen und die damit verbundene Effizienzrendite auch durch Anpassung des Ressourcenverbrauchs zu realisieren. Durch die Effizienzhebung sollen die Personalkosten auf dem Niveau des Ansatzes 2013 stabilisiert werden. Die Streichung von ohnehin nicht besetzten Stellen, stellt unseres Erachtens keine Einsparung dar. Außerdem sollen die Einnahmen an die Planzahl durch Erhöhung der Anzahl der ausgeliehenen Medien herangeführt werden. Im Jahr 2014 soll auf die Umsetzung des Beleuchtungskonzeptes verzichtet werden (165 T€ GMS).

Der Sachstandsbericht erfolgt im Kulturausschuss.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
70.000 €	110.000 €	150.000 €	190.000 €
165.000 €			

Maßnahme Nr. 20: Investitionshaushalt: Erhöhung Zuschüsse für Sanierung von Sportanlagen

Der Stadtrat beschließt eine Erhöhung der Zuschüsse für die Sanierung von Sportplätzen sowie die Erneuerung der Flutlichtanlagen und Schulschwimmbädern.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Ausschuss für Sport, öffentliche Einrichtungen und Gesundheit.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
-100.000 €	-100.000 €	0 €	0 €

Maßnahme Nr. 21: Investitionshaushalt: Empfehlungen der Bezirksräte

Der Stadtrat beschließt eine pauschale Erhöhung des Ansatzes für die Empfehlungen der Bezirksräte zum Investitionsprogramm 2012-2017. Es wird auf die Vorlage VWT/1418/13 sowie auf die Ausführungen aus den Bezirksräten verwiesen.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Ausschuss für Bau, Verkehr und Freiraum.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
-500.000 €	-500.000 €	-500.000 €	-500.000 €

Maßnahme Nr. 22: Seniorenpolitik

Zur Stärkung der Seniorenpolitik in der Landeshauptstadt Saarbrücken soll die Position Aufwendungen für Dienstleistungen für den Seniorenbeirat um 5.000 Euro angehoben werden. Ebenso sollen die Aufwendungen für die Seniorenkulturarbeit (Projekt „Netzwerk Gute Nachbarschaft“) im Jahr 2014 ausgebaut und weitergeführt werden. Daher wird eine Erhöhung des Ansatzes um 6.000 Euro vorgeschlagen.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Ausschuss für soziale Angelegenheiten und Integration.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
-11.000 €	-11.000 €	-11.000 €	-11.000 €

Maßnahme Nr. 23: Investitionshaushalt: Erhöhung Ansätze Regenerierung Kinderspielplätze, Neuanlage Kinderspielplatz in Scheidt

Der Stadtrat beschließt die Erhöhung des Ansatzes für die Regeneration von Kinderspielplätzen auf das Niveau, das für die dem Jahr 2017 folgenden Jahre vorgesehen ist (200 T€).

Im Stadtteil Scheidt soll ein städtischer Kinderspielplatz eingerichtet werden. Im Ortsteil Scheidt besteht derzeit kein städtischer Kinderspielplatz außerhalb der für die Grundschüler vorgesehenen Anlagen auf dem Schulhof, da in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Gründen die zwei bis dato existierenden Spielplätze zurückgebaut werden mussten.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Ausschuss für Schule, Kinder und Jugend.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
-40.000 €	-40.000 €	-40.000 €	-40.000 €

#### Maßnahme Nr. 24: Sporthalle West

Der Stadtrat beabsichtigt weiterhin die Errichtung der „Sporthalle West“ als interkommunales Projekt. Die „Sporthalle West“ soll für das Jahr 2015 in den Wirtschaftsplan GMS aufgenommen werden, die entsprechende Mehrmiete ist ab dem Jahr 2016 im städtischen Haushalt abzubilden. Für den Bau ist beim Land eine Bedarfszuweisung zu beantragen, als interkommunales Projekt ist hier mit einem Zuschuss in Höhe von 60 % zu rechnen.

Der Sachstandsbericht erfolgt im WA GMS sowie im Ausschuss für Sport, öffentliche Einrichtungen und Gesundheit.

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
0 €	0 €	-150.000 €	-150.000 €

#### Maßnahme Nr. 25:

Der Stadtrat beschließt, die im Rahmen des Konsolidierungsprogramms erwirtschafteten Zinersparnisse mit den nachstehend genannten Zinssätzen, die deutlich niedriger sind, als die von der Verwaltung in VWT/0653/12/1 geplanten (dort 5 %), dem Konsolidierungsprogramm zuzuweisen. Hierbei werden die Ersparnisse kumuliert dargestellt.

Der Sachstandsbericht erfolgt im Finanz- und Liegenschaftsausschuss.

Sofern der Stadtrat die Maßnahmen 1 bis 24 komplett beschließt, ergeben sich insgesamt folgende Haushaltsverbesserungen:

Strukturelle Haushaltsverbesserung			
2014	2015	2016	2017
2,0 %	2,5 %	4,0 %	4,25 %
34.011 €	125.381 €	277.884 €	363.231 €

#### **Gesamtsumme der Haushaltsverbesserungen 2014 bis 2017: 23.010.024 Euro**

Weiterhin beschließt der Stadtrat folgende Maßnahmen ohne finanzielle Auswirkungen:

#### Maßnahme Nr. 26

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, inwieweit sich durch die Eingliederung von Eigenbetrieben, insbesondere GMS und FBS, und Zusammenlegung von verbundenen Unternehmen Einsparungen durch Rationalisierung von Querschnittsaufgaben und Effizienzsteigerungen ergeben können.

Der Sachstandsbericht erfolgt in den jeweiligen Werksausschüssen sowie im Werksausschuss BMS.

#### Maßnahme Nr. 27



Der Saarbrücker Stadtrat hält weiterhin an der Einführung einer „Internen Revision“ für die städtischen Gesellschaften durch BMS fest. Insbesondere die Vorgänge bei den Stadtwerken und der städtischen Bauverwaltung im Zuge der Genehmigung von Bordellen sind für uns Beleg für die dringende Notwendigkeit. Die Finanzierung erfolgt über anteilmäßige Umlagen der geprüften Unternehmen etc.

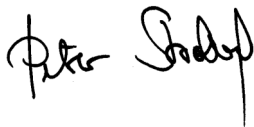
Außerdem fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Einstellung im Rahmen eines befristeten Beschäftigungsverhältnisses darf ausschließlich im Rahmen freier Planstellen des genehmigten Stellenplans erfolgen.

**Begründung:**

Diese Konsolidierungsmaßnahmen basieren auf den Ergebnissen des von der Landesregierung und der Landeshauptstadt gemeinsam beauftragten Gutachters Rödl & Partner, Vorschlägen der Verwaltung sowie eigenen Überlegungen der CDU-Fraktion.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Peter Strobel MdL  
– Fraktionsvorsitzender –



Uwe Conradt MdL  
– Finanzpolitischer Sprecher –

---

---